

Pressemitteilung 51 - 2009

Brüssel, 25. November 2009

Schwab: EU-Telekom-Paket schützt Verbraucher und stärkt den Wettbewerb
Anbieterwechsel innerhalb eines Werktags / Strenge Auflagen für Internetzugangssperre

Der neue EU-Rechtsrahmen für die Telekommunikation ist verabschiedet. Über die gestern abgestimmte Rahmenrichtlinie konnten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments nach zweijähriger Verhandlungsphase eine Einigung erzielen. Besonders umstritten war die Frage, wann der Zugang zum Internet gesperrt werden darf.

"Das Gesetz schafft Anreize für Innovation in der Telekommunikationswirtschaft und sichert Bürgerrechte", so der EVP-Abgeordnete Andreas Schwab, Sprecher für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. "Künftig können Verbraucher nicht nur innerhalb eines Tages den Telefonanbieter wechseln und dabei ihre Telefonnummer behalten, sondern haben auch beim Internetzugang immer bessere Chancen auf Breitband-Internetversorgung auch in ländlichen Gebieten."

Bei Urheberrechtsverletzungen im Internet kann der Netzzugang eingeschränkt werden. Aber der Internetnutzer muss vorher angehört werden. "Es darf keinen Verweis aus dem Netz nur aufgrund eines beliebigen Verdachts geben. Gleichzeitig muss deutlich sein: nur durch gesetzliche Rahmenbedingungen, die Rechtssicherheit schaffen, können Straftaten wie Kinderpornografie unverzüglich geahndet werden", so Schwab. Auch wird der Verbraucher vor Datenklau im Internet besser geschützt. So gibt es eine Benachrichtigungspflicht der Betreiber bei Datenschutzverletzungen.

"Für Europa bedeutet dies Chancen auf allen Ebenen: nicht nur einen Technologievorsprung sondern auch Arbeitsplätze", so Schwab. Die nationalen Regulierungsbehörden arbeiten enger zusammen und können nur nach vorheriger Anhörung ordnungspolitische Maßnahmen durchsetzen.

Mit der Zustimmung der Mitgliedstaaten (Rat) könnte der neue EU-Rechtsrahmen noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Dann haben die Mitgliedsstaaten 18 Monate Zeit, um die neue Richtlinie umzusetzen. "Dass der Telekommunikationssektor auch künftig tragend für Wachstum ist, hat das Europaparlament heute sichergestellt" befindet Schwab.